ein paarmal in den Personalakten stehen hat, er neige zum Widerspruch und so, dann können sie damit rechnen, daß im Moment bei dieser Großwetterlage dieser dann nicht in den Justizdienst eingestellt wird, weil sie sagen, aha, hier haben wir einen, der macht Stunk nachher. Da jetzt die Bewerber quasi Schlange stehen, können sie sich die Leute sehr stark aussuchen. Da machen die natürlich von dieser Sache Gebrauch und das ist eben ganz gefährlich. Hier zeigt sich eine Existenzgefährdung, die den Leuten droht, wenn sie abgewiesen werden. Sie können höchstens noch in der Anwaltschaft unterkommen usw. Das ist eine Existenzangst bei den Assessoren, die Familie haben oder ähnliches. Wenn die rausfliegen bei der Lage auf dem Arbeitsmarkt im juristischen Sektor, der sichtbar schlecht ist hier in Frankfurt, bei einer Überbesetzung von Anwälten usw. ist das eine Existenzbedrohung. Diese Dinge spielen auch eine große Rolle, die Existenzangst, die wird auch bewußt eingeführt, um all diese Dinge zu ersticken.

Interview und Aufzeichnung: Projektgruppe Mietrecht, Staatliche Wohnungspolitik und Mieterselbsthilfeorganisationen an der FU Berlin.

Die Praktiken des BND, oder: Was man aus dem Guillaume-Untersuchungsausschuß lernen kann.

Eigentlich muß man G. Guillaume dankbar sein, hat doch sein Fall wenigstens ein wenig den Schleier der Geheimniskrämerei gelüftet, der traditionellerweise die Praktiken der bundesdeutschen Geheimdienste umgibt. Angeregt durch das öffentliche Interesse an dieser »größten Spionageaffäre in der Geschichte der Bundesrepublik«[1] förderte sogar der zu ihrer Aufklärung eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß Interessantes zutage. Dies ist umso erstaunlicher, als in Bonn jedermann weiß, daß parlamentarische Untersuchungsausschüsse äußerst untaugliche Aufklärungsmittel sind. Bundeskanzler Schmidt äußerte sogar, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in dieser Affäre gefährde »das Ansehen des Parlaments schlechthin, einschließlich der CDU/CSU.« Untersuchungsausschüsse hätten bisher noch nie dazu beigetragen, die Achtung vor dem Bundestag zu verstärken.[2] Die Richtigkeit dieses Urteils stellte sich schnell heraus, denn sowohl CDU/CSU als auch ihr nahestehende Zeitungen versuchten, die Gelegenheit vor allem zu dem Versuch zu nutzen, die SPD und sogar Verfassungsschutzpräsident Nollau als vaterlandslose Gesellen zu »enttarnen«:

- »Fraktionschef Herbert Wehner, so deutet die Opposition an, habe dem Kommunismus nie abgeschworen und SED-Chef Honecker von der bevorstehenden Enttarnung Guillaumes am 30. März 1973 unterrichtet.
- Günther Nollau, von Wehner geförderter Chef des Kölner Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), so läßt die Reaktion in der Zeitschrift »Capital« andeuten, sei ein Agent des Ostens.
- Marie, die tschechische Ehefrau des ehemaligen Kanzleramtsministers Horst Ehmke, so wird kolportiert, sei eine Ostagentin und

[1] Der Spiegel (DS) 18/74, S. 19.
[2] Frankfurter Rundschau (FR) 12. 6. 1974.

https://doi.org/10.5771/0023-4834-1975-1-90
Generiert durch IP '18.219.116.93', am 04.11.2024, 13:16:11.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

– Entspannungsminister Egon Bahr, so wird suggeriert, habe nachrichtendienstliche Kontakte zur Sowjetunion unterhalten. Alles nach dem Motto: auch wenn es nicht wahr ist, es bleibt immer etwas hängen.«[3]

Diese »Erkenntnis« wurde noch um eine Vielzahl weiterer Spekulationen, insbesondere durch »Quick«, Springer-Presse und ZDF-Löwenthal angereichert. Sie gewähren einen interessanten Einblick in die Geistesverfassung und die Denunziationsmethoden der politischen Reaktion in der BRD. Allerdings konnte der aufmerksame Zeitungsleser im Zusammenhang mit dem Guillaume-Untersuchungsausschuß auch allerlei über die bundesdeutschen Geheimdienste lernen, das sich lohnt festzuhalten:

Der Bundesnachrichtendienst (BND), eigentlich nur für Spionage im Ausland zuständig, hat zumindest bis zum Regierungsantritt der SPD/FDP-Koalition auftragswidrig mindestens 54 namentlich bekannte bundesdeutsche Politiker bespitzelt und über sie Akten angelegt. Der »Stern« berichtet von einer insgesamt »600 Personen umfassenden Sonderkartei.«[4] Diese Dossiers wurden unkontrolliert fotokopiert und auch an Dritte weitergegeben.

Zur rechtlichen Würdigung der BND-Praktiken ist es zunächst notwendig, darauf hinzuweisen, daß es eine gesetzliche Grundlage für den BND bis auf den heutigen Tag nicht gibt. Vielmehr wurde der BND »durch Kabinettsbeschluß vom 11. Juli 1955 am 1. April 1956 in Dienst gestellt... Grundlage dieses Beschlusses war die der Bundesregierung ipso jure zustehende Organisationsgewalt.«[5] Die nur in vertraulichen Kabinettsbeschlüssen festgelegten Aufgaben des BND umriß BND-Präsident Wessel folgendermaßen: »Der BND sammelt und bearbeitet im Interesse der Sicherheit unseres Landes und im Auftrag der Bundesregierung im Ausland Nachrichten, die aus anderen Informationsquellen nicht zur Verfügung stehen und deshalb als Beurteilungselemente für die Entscheidungen der Regierung unentbehrlich sind.« Zum Bereich Beschaffung heißt es in den BND-Statuten: »Beschaffung von Informationen militärischen, wirtschaftlichen und rüstungstechnischen, sowie politischen Inhalts mit nachrichtendienstlichen Mitteln aus dem Ausland.«[6]

Entgegen dieser klaren Beschränkung des BND auf Auslandsaufgaben bestätigten vor dem Untersuchungsausschuß der ehemalige Kanzleramtschef und BND-Dienstherr Horst Ehmke und BND-Präsident Gerhard Wessel BND-Spitzeldienste im Inland. Die entsprechenden Dossiers umfaßten nicht nur die politischen Aktivitäten der Bespitzelten, sondern ebenso ihre »Eß-, Trink- und Bettgewohnheiten.« Ehmke laut Spiegel: »Der frühere BND-Präsident »Gehlen« brauchte das, um sich allen Versuchen, den Dienst unter Kontrolle zu bringen, entziehen zu können. Woher wußte wohl Adenauer, daß sein FDP-Vize Blücher mal was mit'ner Mulattin gehabt haben soll, wenn nicht vom BND.«[7]

Nicht nur Einzelpersonen wurden überwacht, sondern auch Organisationen. Noch im März 1971, also zwei Jahre nach der Regierungsübernahme von SPD und FDP, flog eine BND-Außenstelle auf, die Material über die SPD sammelte. SPD-Interna – unter anderem Aufzeichnungen von vertraulichen Vorstandssitzungen[8] – hatte der einstige Leiter des früher in der DDR nachrichten-

[3] Konkret 2/74, S. 6.
[4] Stern 41/74, S. 160.
[5] Thomas Walde: ND-Report, Die Rolle der geheimen Nachrichtendienste im Regierungssystem der BRD, München 1971, S. 79.
[6] Ebenda, S. 81 f.
[7] DS 42/74, S. 25 ff., die Namen von bespitzelten Politikern veröffentlichte die FR in ihrer Ausgabe vom 15. 10. 1974.
[8] FR vom 23. 10. 74.

https://doi.org/10.5771/0023-4834-1975-1-90
Generiert durch IP '18.219.116.93', am 04.11.2024, 13:16:11.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

dienstlich arbeitenden Ostbüros der SPD für den BND zusammengetragen.[9] Daß diese BND-Dossiers auch an Dritte, zum Beispiel an Parteien oder Journalisten, weitergegeben wurden, hielt BND-Präsident Wessel für denkbar.[10] SPD-Bundesgeschäftsführer Holger Börner hatte Anhaltspunkte dafür, daß »Ergebnisse von solchen Ausspähungen auch als innenpolitische Knüppel« verwandt wurden.[11] Ehmke sagte aus, daß zum Beispiel »das über die SPD vom BND ›ohne Auftrag der Auslandsaufklärung‹ zusammengetragene Material ›interessierten politischen Kreisen‹ zugänglich gemacht wurde.«[12] Der frühere Chef der BND-Abteilung Beschaffung, General a. D. Langkau, bekannte, daß er Material über Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus anfallenden Berichten zusammengefaßt und als sogenannte Führungsnotizen direkt an den damaligen BND-Präsidenten Gehlen weitergegeben habe, worauf die Originalunterlagen vernichtet worden seien, so daß eine spätere Kontrolle der »Notizen«, die Gehlen wahrscheinlich in seine Sonderkartei genommen habe, nicht mehr möglich gewesen sei.[13]

Neben Politikern, führenden Oppositionellen, wie etwa Wolfgang Abendroth oder Viktor Argartz[14] und der SPD bespitzelte der BND auch noch ausgiebig Verlage, Journalisten und Verleger; so den »Stern« und den »Spiegel«, den Springer- und Bauer-Verlag, Augstein und Nannen, Sebastian Haffner und 08/15 - Autor Hans Hellmut Kirst,[15] Margarethe Buber-Neumann und Gert Bucerius.[16] Ein Star-Inlandsagent des BND in dieser Sache, Günther Heysing, beschaffte übrigens noch bis 1973 einschlägiges Material für den BND.[17] Er beschränkte sich nicht auf Materialbeschaffung, sondern zettelte durch heimliche Denunziationen und Tips an reaktionäre Organisationen aktiv Kampagnen etwa gegen Kirst oder Haffner an. Auch den BND animierte er »zu Praktiken psychologischer Kriegsführung. In Dokumentationen und durch stete Wiederholung von Vorwürfen, die darin gipfeln sollten, Haffner stehe im Sold der SED, müsse der Kommentator so unglaubwürdig gemacht werden, daß selbst Herausgeber Bucerius das Vertrauen in seinen Mann verliere. Heysing an den BND: ›Eine Einschränkung der Wirksamkeit von H. kann nur erreicht werden, wenn ihm die publizistische und wirtschaftliche Basis beim Stern zerstört wird.‹«[18]

Waren mit BND-Unterstützung innenpolitische Kämpfe zu führen, so richteten sich diese stets gegen die politische Linke, wie das oben genannte Beispiel bereits zeigt. Hatte R. Gehlen die Mitglieder seines Dienstes vorwiegend aus SD-, Gestapo- und Nachrichtenoffizieren der NS-Ära rekrutiert, so wurde die reaktionäre Gesinnung dadurch konstant gehalten, daß neue Mitarbeiter vorwiegend auf Empfehlung von Bekannten und Verwandten angeworben wurden. »Folge: In dem ohnehin schon konservativen Nachrichtendienst bildeten sich immer neue rechtslastige Zirkel,«[19] was auch eine Zusammenarbeit mit entsprechenden gesellschaftlichen Kräften nahelegt.

So überrascht es nicht, daß die von dem BND-Agenten Bährwald – heute

[9] FR 19. 10. 74.
[10] FR 10. 10. 74.
[11] FR 23. 10. 74.
[12] FR 10. 10. 74.
[13] FR 8. 11. 74.
[14] FR 10. 10. 74.
[15] DS 47/74, S. 91–102; FR 18. 11. 74.
[16] FR 10. 10. 74.
[17] DS 47/74, S. 102.
[18] Ebenda.
[19] DS 9/74, S. 55.

https://doi.org/10.5771/0023-4834-1975-1-90
Generiert durch IP '18.219.116.93', am 04.11.2024, 13:16:11.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

»Berater« der CDU/CSU – ausgespähten SPD-Interna der CSU-Landesleitung in München zugespielt wurden[20] und daß H. Ehmke nicht vom BND, sondern zuerst von F. J. Strauß erfuhr, daß bei einer BND-Außenstelle die Akte über SPD-Interna sichergestellt werden konnte.[21] Zu diesem Zusammenspiel zwischen BND-Mitgliedern und konservativen Kräften gehört weiter, daß

- »die CDU/CSU durch Indiskretionen aus einigen Bundesdienststellen in der Affäre Guillaume über erheblich mehr Informationen als die Regierung verfügt«,[22]
- von Vertretern der CDU/CSU präzise Fragen zu Ermittlungskomplexen im Falle Guillaume gestellt wurden, die zu diesem Zeitpunkt von den Behörden noch geheimgehalten wurden,[23] bzw. bis dahin noch nicht einmal dem Kanzleramt bekannt waren,[24]
- die CDU/CSU - nahe Presse Andeutungen über Ermittlungsergebnisse veröffentlichte, bevor im Vertrauensmänner-Gremium die Abgeordneten darüber unterrichtet worden waren,[25]
- dem konservativen ZDF-Moderator Löwenthal BND-Geheimberichte zugespielt wurden,[26]
- BND-Mitarbeiter von Akten, die Ehmke zu vernichten befohlen hatte, Fotokopien anfertigten und an konservative Massenmedien weitergaben,[27]
- Erkenntnisse aus einer geheimen Verschlußsache der Führungsorientierung des BND bei der Fragestunde des Bundestages durch den CSU-Abgeordneten L. Niegel veröffentlicht wurden,[28]
- die »›CSU-Seilschaft‹ (Pullach-Jargon)... noch heute die Personalpolitik des BND beeinflußt – trotz sozialliberaler Reformversuche«[29] und es schaffte, die Antikommunistin und Anti-Brandt-Kämpferin S. Sievers als BND-Mitarbeiterin anzustellen[30].

  Ehmke: »Was den BND in den Ruf gebracht hat, mit der CSU verfilzt zu sein, ist das Zusammenspiel in vielen Kampagnen... Da liegt dann die Gefahr nahe, daß sich Teile dieses Dienstes verselbständigen und Mitarbeiter auf fremde Rechnung arbeiten.«[31] Außer ehemaligen BND-Agenten sind übrigens auch solche des Verfassungsschutzes (VS) für die CDU/CSU tätig.[32] Nur am Rande sei erwähnt, daß auch diese Praktiken auftragswidrig sind, denn es gehört naturgemäß nicht zu den Aufgaben des BND – zudem gegen den Willen der Bundesregierung – konservative Kräfte mit geheimem Material zu versorgen.

Der BND hat sich zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, zur eigenen Absicherung und zur Inlandsaufklärung Journalisten und andere »politisch einflußreiche Persönlichkeiten durch Zahlung von Gefälligkeitshonoraren und Übernahme der Kosten für teure Vergnügungsreisen« verpflichtet.[33] Dem

[20] FR 17. 10. 74.
[21] FR 17. 10. 74.
[22] FR 8. 5. 74.
[23] FR 6. 5. 74.
[24] DS 19/74, S. 21.
[25] Ebenda.
[26] FR 15. 6. 74.
[27] Ebenda.
[28] FR 21. 6. 74.
[29] DS 21/74, S. 68.
[30] Ebenda, S. 72.
[31] Extra-Dienst 29. 10. 74, S. 10.
[32] FR 12. 9. 74.
[33] Stern 41/74, S. 159.

https://doi.org/10.5771/0023-4834-1975-1-90
Generiert durch IP '18.219.116.93', am 04.11.2024, 13:16:11.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Stern-Bericht zufolge wagten es viele Politiker nicht, gegen den BND »aufzutreten, weil er persönliches aus ihrer Privatsphäre in seinen Dossiers versammelt hatte. Und außerdem hatte er einflußreiche Leute durch finanzielle Zuwendungen so an sich gebunden, daß sie sich bei Bundeskanzler Adenauer, dessen Staatssekretär Globke und Knieber für ihn einsetzten.« Laut Ehmke, der von »übelster Korrumpierung von Teilen der Presse« durch den BND sprach, hat es seinerzeit erhebliche Zahlungen an Journalisten gegeben, die für den Dienst Inlandsaufklärung betrieben hätten. Er schilderte, daß Journalisten, die nebenher für den BND arbeiteten, gegen Honorar Berichte an BND-Außenstellen gaben und wenige Tage später unter Berufung auf diese Berichte Meldungen für ihre Blätter schrieben.«[34] Für diese Spitzeleien seien monatlich zwischen 1500,– und 15 000,– DM – natürlich steuerfrei – gezahlt worden.[35]

Der Redaktionsdirektor der Illustrierten »Quick« behauptete, daß »gut zehn Dutzend der führenden Journalisten in der Bundesrepublik Sonderverbindungen mit dem BND haben«, was eine »ehrenhafte« Sache sei,[36] der Extra-Dienst weiß von 60 »BND-Mitarbeitern aus Journalistenkreisen« zu berichten.[37] Laut Frankfurter Rundschau soll die »Führungsstelle für journalistische Mitarbeiter des BND... ihren Sitz seit Jahren in Neu-Isenburg südlich von Frankfurt haben.«[38] Daß sich Journalisten vom BND bestechen lassen, nannte BND-Chef Wessel eine »staatserhaltende Pflicht«[39], General-Bundeanwalt a. D. Martin befand: »Was ist schon dabei?«[40] Dagegen erhob der deutsche Presserat gegen diese Praktiken schärfsten Protest und drängte außerdem auf eine Änderung der »bisherigen Praxis(!), BND-Residenten im Ausland als Journalisten zu deklarieren.[41]

Der BND beteiligte sich am internationalen Waffenhandel und sorgte mit hoher Wahrscheinlichkeit mit dafür, daß unter Verstoß gegen das Außenwirtschaftsgesetz Kriegswaffen ohne die notwendige Genehmigung durch die zuständigen Bundesbehörden in Spannungsgebiete exportiert wurden. Über die frühere Frankfurter Firma Radio A.I.R., nach dem Bericht des Fernsehmagazins »Monitor« eine Außenstelle des BND, und die Bonner Firma Merex AG scheint der BND mitgeholfen zu haben, illegale Rüstungsgeschäfte in Millionenhöhe zu tätigen und unter anderem über 100 Flugzeuge, sowie Geschütze, Raketen, Maschinengewehre, Bordkanonen etc. an Saudi-Arabien, Indien und Pakistan zu liefern.[42] Das Kriegsmaterial stammte zum überwiegenden Teil aus überschüssigen Beständen der Bundeswehr und wurde aufgrund gefälschter Exportpapiere zur Ausfuhr freigegeben. Dem Spiegel zufolge soll nicht nur der BND, sondern auch der Staatssekretär des damaligen Bundeskanzlers Erhard, Ludger Westrick, über den Waffenhandel informiert gewesen sein. Auskünfte über diesen Waffenhandel wollten BND-Vertreter vor dem Untersuchungsausschuß nicht abgeben. Einzelheiten könnten nur in nichtöffentlicher Sitzung erörtert werden. Horst Ehmke allerdings antwortete auf die Frage »Bestätigen Sie also, daß der BND Waffenhandel betrieben hat?«: »Das ist vom Präsidenten (des BND) vor dem (Guillaume-) Ausschuß schon gesagt worden.«[43] Selbst nach

[34] FR 10. 10. 74.
[35] DS 44/74.
[36] FR 24. 10. 74.
[37] Extra-Dienst vom 29. 10. 74, S. 9.
[38] FR 23. 10. 74.
[39] FR 25. 10. 74; 10. 10. 74.
[40] DS 45/74, S. 8.
[41] FR 4. 12. 74.
[42] DS 47/74, S. 65–70. FR v. 23. 10. 74, FR 12. 11. 74.
[43] Extra-Dienst 29. 10. 74, S. 11.

https://doi.org/10.5771/0023-4834-1975-1-90
Generiert durch IP '18.219.116.93', am 04.11.2024, 13:16:11.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

Ansicht des früheren Kanzleramtschefs Carstens ist der Waffenhandel »durch die Vorschriften für den BND nicht gedeckt.«[44]

Schließlich werden in den von Ex-Staatssekretär Reinhold Mercker im Auftrag der Großen Koalition erstellten Bericht über den BND diesem weiterhin vorgeworfen[45]

- Fälschung von Nachrichten, die der Bundesregierung übermittelt wurden;
- »eklatante Mißachtung von Sicherheitsbestimmungen«; so war der später als Sowjet-Spion enttarnte Heinz Felfe ohne genaue Sicherheitsüberprüfung beim BND eingestellt worden. »Felfes Zugehörigkeit zum Schwarzen Korps genügte zur Aufnahme in die Agententruppe, wo zahlreiche SD- und Gestapoleute untergeschlüpft waren.«;
- Vetternwirtschaft und Unterschlagungen: lukrative Jobs vergab Gehlen gern an eigene Angehörige und an Verwandte leitender Mitarbeiter. Dabei kam es sogar zu »Unterschlagungen in größerem Ausmaß« (Mercker: »ein korruptes Unternehmen«). Gehlen selbst versorgte beim BND allein 16 Verwandte.
- Nach einem »Vorwärts«-Artikel, auf den sich der Extra-Dienst bezieht, scheinen selbst Geheimdienst-Morde nicht auszuschließen zu sein.[46]

Nicht zuletzt haben wir der Guillaume-Affäre die Einsicht zu verdanken, daß die bundesdeutschen Geheimdienste »nur relativ tüchtig sind« – wie es R. Augstein dezent ausdrückt,[47] oder, daß nach dem Urteil des CIA-Experten V. L. Marchetti, »der BND ein durch und durch unfähiger Geheimdienst« ist –[48] möglicherweise weil BND wie VS[49] soviel mit Aufgaben zu tun haben, mit denen sie ihrem Auftrag zufolge eigentlich nichts zu tun haben?

Alle Pannen und den Dilettantismus der bundesdeutschen Geheimdienste allein in der Guillaume-Affäre im einzelnen zu beschreiben, würde Bände füllen. Deshalb soll hier nur eine kleine Auswahl aus den »Ermittlungen« gegen Guillaume genannt werden, um die oben zitierten Urteile überprüfbar zu machen:

- bei der unter Einschaltung des BfV und BND durchgeführten Sicherheitsüberprüfung Guillaumes fiel nicht auf, daß der Verlag »Volk und Wissen«, bei dem Guillaume früher gearbeitet hatte, eine Tarnorganisation des DDR-Staatssicherheitsdienstes war, obwohl sowohl dem BND[50] als auch einer Abteilung des BfV[51] entsprechende Erkenntnisse über den Verlag vorlagen. Die BfV-Abteilungserkenntnis befand sich jedoch nicht in der zur Überprüfung herangezogenen Zentralkartei, die BND-Erkenntnis kam aufgrund mangelnder Kooperation zwischen den Geheimdiensten nicht zum Tragen.
- Bei der Sicherheitsüberprüfung entging den Geheimdiensten weiterhin, daß Guillaume im Mai 1966 schon einmal in eine Spionageaffäre verwickelt war, in die Sieberg-Affäre[52].
- Ebenfalls war versäumt worden, eine im BfV bereits seit 1956 existierende Top-Quelle zur Überprüfung Guillaumes heranzuziehen, die konkrete Verdachtsmomente enthielt und später zur Enttarnung beitrug[53].

[44] FR 11. 10. 74.
[45] Die folgenden Angaben sind zitiert nach dem »Stern« 41/74, S. 158–160. Zur Vetternwirtschaft vgl. auch DS 36/74, S. 24 f.
[46] Extra-Dienst, 29. 10. 74, S. 9.
[47] DS 42/74, S. 26.
[48] DS 42/74, S. 169.
[49] Zu den Praktiken des VS vgl. D. Damm, So arbeitet der Verfassungsschutz, Berlin 1970; ders.: Berufsverbot durch VS, in: »Kritische Justiz« 3/73, S. 447–455.
[50] FR 31. 8. 74.
[51] FR 29. 8. 74.
[52] DS 19/74, S. 23.
[53] Ebenda, S. 25.

https://doi.org/10.5771/0023-4834-1975-1-90
Generiert durch IP '18.219.116.93', am 04.11.2024, 13:16:11.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

- Bereits 1958 meldete ein Doppel-Agent dem Hamburger Landesamt für VS (LfV), daß er Briefe des DDR-Staatssicherheitsdienstes für den damals in Frankfurt wohnenden G. Guillaume deponiere. Dem BfV war das nicht bekannt. Der frühere Doppel-Agent: »Die haben derart primitiv gearbeitet, die haben das sicher verschlafen und gar nicht weitergegeben.«[54]
- Als die Verfassungsschützer schließlich begannen, Guillaume zu überwachen, beschatteten sie zunächst tagelang die frühere Frankfurter Wohnung Guillaume's, weil sie nicht mitbekommen hatten, daß der Verdächtige längst in Bonn wohnte, wo er übrigens auch im Telefonbuch stand.[55] – wie Weiland 1962, als in Düsseldorf der Spiegel-Geschäftsstellenleiter Erich Fischer als Rudolf Augstein verhaftet wurde,[56] während Augstein wie gewöhnlich in Hamburg im Verlagshaus war.
- Nach neun Monaten Überwachung hatten die Verfassungsschützer schließlich herausgefunden, daß Guillaume zwei Söhne habe, was Willy Brandt gemeldet wurde, der zu Recht Zweifel an den Verdächtigungen hatte, denn Guillaume hatte nur einen Sohn.
- Während Guillaume bereits überwacht wurde, konnte er dank der Unachtsamkeit der Geheimdienstler noch geheime Akten studieren und intime Kontakte mit der Sekretärin des Chefunterhändlers der Bundesregierung zur DDR, Gaus, anknüpfen.[57]
- Guillaumes Beschatter verhielten sich derart auffällig, daß Guillaume seine Beschattung erkannte und sich die Autonummern seiner Verfolger notierte, woraufhin die Beobachtung für einige Wochen unterbrochen werden mußte.[58]
- Bei seinem letzten Frankreich-Urlaub sollen sich die Beschatter wiederum derart dilettantisch verhalten haben, daß der Agent aufmerksam wurde und einen bislang noch nicht verhafteten Komplizen in der BRD habe warnen können.[59]

Nun muß man nach den bekannt gewordenen Praktiken der bundesdeutschen Geheimdienste froh sein, wenn sie nicht funktionieren – auch wenn für den mehr als 6000 Mitarbeiter umfassenden BND-Apparat[60] und das ca. »3500 beamtete Staatsschützer und 13 000 freiwillige V-Männer«[61] zählende BfV Hunderte von Millionen DM Jahr für Jahr verschleudert werden. So wie die Dinge liegen, muß man es auch begrüßen, daß BND, VS und Staatsschutzabteilungen der Polizei in der Vergangenheit eher gegeneinander gearbeitet als kooperiert haben[62] und eher makaber mutet es an, wenn man verfolgt, wie die sozial-liberale Koalition in den letzten Jahren begonnen hat, den in Teilen völlig arbeitsunfähigen BND wieder funktionstüchtig zu machen, den VS durch enorme Geldspritzen aufzurüsten und die Kooperation zwischen den verschiedenen Geheimorganisationen zu effektivieren.

Wenn die BRD Weltmachtträumen abgeschworen hat, wozu bezahlt sie dann eigentlich BND-Agenten in Seoul, Saigon oder Hongkong,[63] und wenn

[54] DS 40/74, S. 44; FR 1. 10. 74.
[55] DS 38/74, S. 28.
[56] DS 42/74, S. 26.
[57] Ebenda, S. 28.
[58] FR 6. 12. 74.
[59] DS 19/74, S. 21.
[60] Stern v. 16. 5. 74.
[61] DS 22/74, S. 24.
[62] So der frühere Abteilungsleiter im BfV, Hermenau, laut FR vom 29. 8. 74. Zu den ausgedehnten Machtkämpfen zwischen BND und VS vgl. DS 22/74, S. 25–29.
[63] Vgl. DS 21/74, S. 72.

https://doi.org/10.5771/0023-4834-1975-1-90
Generiert durch IP '18.219.116.93', am 04.11.2024, 13:16:11.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

bereits 1970 ein Anruf beim französischen Geheimdienst genügt hätte, Guillaume zu enttarnen,[64] warum werden dann Mammutorganisationen deutscher Dunkelmänner ausgehalten, die eine gewisse Effektivität eigentlich nur im Kampf gegen die politische Linke in der BRD entwickelt haben – bei der Vorbereitung von Berufsverboten, wie die ÄfV,[65] bei der offenen Beschattung und das heißt Nötigung linker Oppositioneller, wie der Militärische Abschirmdienst,[66] bei der politischen Denunziation, wie zuletzt spektakulär im Fall des FDP-Abgeordneten Weber durch das Hamburger LfV,[67] bei der Bespitzelung von Millionen Bürgern und dem Anlegen unkontrollierbarer Dossiers, wie alle Geheimdienste – im Zuge der Guillaume-Affäre bekannte der Berliner Innensenator Neubauer, daß allein das Berliner LfV Dossiers über insgesamt 190 000 Personen führe . . .[68]. Natürlich weiß man, daß sie eben darum bezahlt werden, daß es eben das ist, was man hierzulande unter Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung versteht.

Allerdings hat die Guillaume-Affäre überdeutlich gezeigt, daß die Geheimdienste sogar von der Bundesregierung nicht zu kontrollieren sind, sondern ein ständiges außen- und innenpolitisches Risiko darstellen. Schließlich ist über sie nicht nur ein Bundeskanzler gestürzt. So äußerte selbst ein Vertreter des Kanzlers über die Zusammenarbeit zwischen BND und F. J. Strauß in der Guillaume-Affäre: »Hier werden alte Rechnungen beglichen. Jetzt rächt sich der BND dafür, daß Ehmke damals die CSU-Zellen im Dienst knacken wollte.«[69]

So lehrt uns denn diese Guillaume-Affäre, daß sie die regierenden Frei- und Sozialdemokraten nichts lehren wird. Sie werden die Vetternwirtschaft im BND langsam abbauen – ca. 130 funktionslose BND-Verwandte wurden bereits gefeuert[70] – und möglicherweise die Honorare für die Journalistenbestechung etwas kürzen. Sie müssen ja auch nicht bis zu 15 000,– DM monatlich betragen. Zu keinem Zeitpunkt ist jedoch bisher der Wille deutlich geworden, die Dunkelmänner »abzuschalten« oder wenigstens drastisch zu reduzieren. Vielmehr scheint der Trend dahin zu gehen, die Geheimdienste in technokratischen Sinne zu modernisieren und auszubauen, damit sie sich mit noch größerer Sorgfalt der Linken widmen können. Nach Konsequenzen gegen BND-Angehörige gefragt, die entgegen ihrem dienstlichen Auftrag in der BRD Politiker bespitzelt haben, antwortete die parlamentarische Staatssekretärin im Bundeskanzleramt, Marie Schlei, daß keine Disziplinarmaßnahmen eingeleitet werden sollen. Hier halten es die Sozialdemokraten wie die Unionschristen. Auf die Frage, was der seinerzeit für den BND zuständige CDU-Carstens auf die im Mercker-Bericht erwähnten strafrechtlichen Verfehlungen und »Unterschlagungen in erheblichem Ausmaß« hin unternommen habe, erklärte Carstens, er habe »einem Beamten damals seine Mißbilligung ausgesprochen« – nichts weiter.[71]

Zu fragen ist, welche Konsequenzen für einen demokratischen Staat es eigentlich hat, wenn unkontrolliert über Millionen Bürger geheime Dossiers aufgefüllt werden, wenn Geheimdienst-Dunkelmänner Berufsverbote vorbereiten, politi-

[64] DS 19/74, S. 23.
[65] Vgl. Kritische Justiz 3/73, S. 447–455
[66] Vgl. Kritische Justiz 2/74, vgl. auch DS 49/74, S. 58.
[67] FR 31. 8. und 6. 9. 74.
[68] FR 4. 5. 74.
[69] FR 6. 5. 74.
[70] DS 36/74, S. 24.
[71] Fr 11. 10. 74. Carstens weiter: Normalerweise trete er in solchen Fällen für klare Konsequenzen ein, bei Geheimdiensten bestehe jedoch das Risiko, daß durch öffentliche Gerichtsverhandlungen Interna aus den Diensten bekannt würden.

https://doi.org/10.5771/0023-4834-1975-1-90
Generiert durch IP '18.219.116.93', am 04.11.2024, 13:16:11.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

sche Organisationen von Spitzeln durchsetzt, Post und Telefon kontrolliert werden? Welcher Kontrolle unterliegt eigentlich ein Geheimdienst, in dem zwei Jahre nach Regierungsantritt der sozial-liberalen Koalition noch eine BND-Außenstelle Material gegen die SPD und vier Jahre danach ein BND-Agent Heysing noch Material über Presseverlage sammelt? Um eine Stellungnahme zu dieser Frage sollten sich Sozialisten in der SPD nicht herumdrücken.

Diethelm Damm

https://doi.org/10.5771/0023-4834-1975-1-90
Generiert durch IP '18.219.116.93', am 04.11.2024, 13:16:11.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.